Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte
Band: 39 (1959-1960)
Heft: 4

Artikel: Moskaus ältester Satellit : der Weg der mongolischen Volksrepublik
Autor: Zölch, Franz Theodor
DOI: https://doi.org/10.5169/seals-160946

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 11.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

MOSKAUS ÄLTESTER SATELLIT

DER WEG DER MONGOLISCHEN VOLKSREPUBLIK

VON FRANZ THEODOR ZÖLCH

Von den gewaltigen Landmassen Chinas und der Sowjetunion umschlossen liegt im nördlichen Zentralasien die Heimat Dschingis-Khans, die Äußere Mongolei, die sich heute Mongolische Volksrepublik nennt. Auf einer Fläche von 1,62 Millionen Quadratkilometern beherbergt sie eine Bevölkerung von ungefähr einer Million Menschen, die eine eigene, der turkotatarischen Gruppe verwandte Sprache sprechen. Bis ins 16. Jahrhundert hinein hing dieses auf kriegerische Eroberungen bedachte Volk dem Schamanenglauben an. Erst um die Mitte des 16. Jahrhunderts fand der buddhistische Lamaismus bei ihm Eingang und rasche Verbreitung. Dem Einfluß dieses Religionswechsels ist es vermutlich zuzuschreiben, daß die mongolische Geschichte von nun an friedlicher wurde.

Dschingis-Khan hatte die mongolischen Stämme geeint. Unter seiner Führung brauste der Mongolensturm bis tief nach Europa hinein. Aber auch China wurde nicht verschont. 1215 eroberte er Peking und von 1280—1368 herrschten unter dem Namen «*Yüan*-Dynastie» mongolische Khane als Kaiser über China. Später wendeten sich die Machtverhältnisse und das ausgehende 17. Jahrhundert brachte der Mongolei die chinesische Oberhoheit, die der nordöstliche Teil, die sogenannte Äußere Mongolei, erst 1911, im Zuge der beginnenden chinesischen Revolution, wieder abzuschütteln vermochte, während die Innere Mongolei bis heute im chinesischen Staatsverband verblieb.

Zwischen China und Rußland

Mindestens seit Beginn des 19. Jahrhunderts bemühten sich sowohl China als auch Rußland mit wechselndem Erfolg, die Äußere Mongolei, ungeachtet ihrer politischen Zugehörigkeit, in ihre Einflußsphäre einzubeziehen, denn auch den Chinesen war es in mehrhundertjähriger Herrschaft nicht gelungen, das Trennende zu beseitigen. Zeitweilig hatte sich ihnen Japan als dritter Interessent zugesellt. Die Mongolen aber blieben ein schwieriger und außerordentlich wachsam auf die eigene innere Unabhängigkeit bedachter Partner, mißtrauisch und nach allen Seiten hin verschlossen. Nur nach Tibet spannen sich lange Zeit hindurch bedeutsame Fäden, denn von dorther war die lamaistische Religion gekommen, tibetische Mönche hatten als Missionare und Lehrer in der Mongolei ge-

wirkt und der Chutuktu, der «Buddha von Urga», das weltliche und geistliche Oberhaupt der Mongolen, galt als anerkannte Inkarnation Buddhas und bekleidete in der lamaistischen Hierarchie nach dem Dalai- und dem Pantschen-Lama den dritthöchsten Rang. Tibetisch beeinflußt ist auch vieles in der mongolischen Kultur, und für Gegenstände des kultischen Gebrauchs gab es sogar ein unausgesprochenes tibetisches Importmonopol.

Aus allen diesen Gründen war es auch während der langen Zugehörigkeit der Äußeren Mongolei zum chinesischen Reich nie zu einer richtigen Durchdringung des Landes mit chinesischem Geist oder gar zur Entstehung eines chinesisch-mongolischen Nationalgefühls gekommen. Und dies, obwohl die Chinesen dabei durchaus nicht ungeschickt vorgingen, indem sie den Weg der friedlichen Infiltration weitgehend vorzogen und sich durch großzügige Schenkungen an die Klöster bis zu einem gewissen Grad auch die Sympathie mancher einflußreicher Lamas sowie durch Titelverleihungen das Wohlwollen einzelner Adeliger zu gewinnen verstanden. Auf der anderen Seite wühlte jedoch das zaristische Rußland gegen China, und als sich schließlich eine nationale mongolische Freiheitsbewegung bildete, die sich teils gegen Peking, teils aber auch gegen das lamaistische Mönchsregiment in der mongolischen Hauptstadt Urga und in den Lamaklöstern richtete, da wurden diese heimlichen Rebellen von St. Petersburg aus nicht nur moralisch unterstützt, sondern auf allerlei Schleichwegen auch mit Waffen beliefert. Diese russische Tradition übernahmen nach 1917 die Bolschewisten widerspruchslos von ihren zaristischen Vorgängern. Die Äußere Mongolei war damals bereits von China getrennt und hatte sich als souveräner Staat konstituiert. Für Moskau war dies jedoch erst eine halbe Lösung. Sein Ziel bildete von nun an die Einverleibung des neuen mongolischen Staates in den sowjetrussischen Staatsverband — ein Ziel, das es jedoch bis heute noch nicht zu erreichen vermochte.

Der nach 1911 entstandene neue mongolische Staat war seinem Wesen nach so etwas wie ein parlamentarischer Kirchenstaat. Er wurde durch ein Parlament von Mönchen und eine Handvoll reicher Adelsherren regiert. An der Spitze der Regierung stand der «Chutuktu», der als weltliches Staatsoberhaupt den Titel «Bogdo Khan», als geistliches Oberhaupt den Titel «Bogda Gegen» führte. Der letzte Chutuktu starb 1924. Sein Name war Cse-Dsun-Damba. Er hatte sich, unter Mißachtung des bisherigen Brauches, selbst gekrönt und überdies im Jahre 1912 eine Frau namens Eche Dagini geheiratet, zwei Dinge, die ihm seine Untertanen und auch manche Lamas zeitlebens übelnahmen. Vielleicht trug diese seine Unbeliebtheit viel zum Erfolg der oppositionellen Unabhängigkeitsbewegung bei, deren Führer Dschamsaramo es besser verstand, sich im Volke Freude zu erwerben. Als dritte politische Richtung spielte zeitweise eine panmongolische Bewegung eine Rolle, die nach dem ersten

Weltkrieg durch die Japaner inspiriert worden war. Die Japaner, denen sehr an einer Zurückdämmung des russischen Einflusses lag, machten sich die noch lebendigen Traditionen der mongolischen Geschichte zunutze. Sie versprachen den Mongolen Unterstützung bei der Errichtung eines neuen großmongolischen Reiches, fanden aber im allgemeinen keinen allzu großen Anklang.

Kommunisten übernehmen die Macht

Erst im Jahre 1919 bildeten sich die ersten kommunistischen Zellen im Lande. Ihre Organisatoren waren die Berufsrevolutionäre Suche-Bator und Chorlogijn Tschoibalsan, die beide schon bald nach der Oktoberrevolution in die Sowjetunion gekommen und dort auf ihre künftige Aufgabe vorbereitet worden waren. Aus diesen bescheidenen Anfängen ging später die kommunistische Partei des Landes, die heutige «Mongolische Volksrevolutionäre Partei», hervor. 1957 zählte sie 35 000 Mitglieder, 15 000 weniger als die albanische KP, und ist somit heute noch die kleinste aller kommunistischen Parteien im europäischen und asiatischen Satellitenbereich.

Unter allen politischen Richtungen des Landes erwiesen sich die Kommunisten alsbald als die entschlossenste. Sie waren am straffsten organisiert und erhielten von Moskau nicht nur Anweisungen und Ratschläge, sondern auch jede Unterstützung. Schon am 13. März 1921 bildeten sie eine «Provisorische Revolutionäre Volksregierung», die durch Überrumpelung der legalen Regierung, aber dann doch unter deren Mitarbeit, zustandekam. Die Antwort der Japaner war ein Versuch, mit weißrussischer Hilfe unter dem Baron von Ungern-Sternberg ebenfalls einen autonomen mongolischen Staat zu bilden. Dieser Versuch brach jedoch rasch zusammen, und die Kommunisten schlossen nun auf eigene Faust einen Freundschaftsvertrag mit Moskau, obwohl sie selbst einstweilen eigentlich noch eine Minderheit in der Regierung bildeten, da der Staat offiziell ja immer noch vorwiegend durch ein Mönchsparlament regiert wurde.

Nach dem Tode des letzten Chutuktu endigte der parlamentarische Kirchenstaat. Jetzt war der Weg frei für die Proklamierung der «Mongolischen Volksrepublik», die sich in der Folgezeit in jeder Beziehung eng an die Sowjetunion hielt, deren ideeller und teilweise auch militärischer Hilfe sie ihr Entstehen im wesentlichen zu verdanken hatte. Im Zuge dieser Umwälzung wurde auch die mehr als tausend Jahre alte Hauptstadt Urga in «Ulan Bator Choto», d. i. «Roter Reiter» oder kurz «Ulan Bator» umbenannt. Moskau hatte damit seinen ersten, politisch aber noch ziemlich selbständigen Satellitenstaat gewonnen. Er sollte ihm manchen Nutzen, aber auch manchen Ärger bringen. Was nun

folgte, zeigte bereits einige Ähnlichkeit mit der analogen Entwicklung in den osteuropäischen «Volksdemokratien» nach dem zweiten Weltkrieg, wobei die Unterschiede wohl hauptsächlich auf den Umstand zurückzuführen sind, daß im Falle der Äußeren Mongolei das Moment der sowjetischen militärischen Besatzung fehlte. Eine alsbald losbrechende Terrorwelle richtete sich gegen die bisherige kleine, innerhalb weniger Jahre völlig ausgerottete feudale Oberschicht und gegen den Lamaismus. Die Klöster wurden aufgelöst, ihr Besitz verstaatlicht und die Lamas, soweit sie höheren Rang und Einfluß besessen hatten, größtenteils ermordet. Im übrigen blieb wenigstens zunächst das meiste beim alten. Sogar der Einfluß Tibets regte sich unterirdisch bald wieder. Im Volke gingen Gerüchte um, denen zufolge in Tibet ein neuer künftiger Chutuktu, eine neue Inkarnation Buddhas, entdeckt worden sei, obwohl die Kommunisten sich immer darauf berufen hatten, daß der zuletzt verstorbene Chutuktu angeblich bereits die achte und also nach lamaistischem Glauben letzte Inkarnation eines Buddhas gewesen sei und somit auch alle Nachfolgerechte als erloschen zu gelten hätten. Bald ging jedoch die Entwicklung über solche heimliche Strömungen hinweg.

Trotzdem hatte Moskau nicht immer seine ungetrübte Freude an der neuen Republik. Im allgemeinen gingen die Sowjets bei ihren politischen Infiltrationsbemühungen verhältnismäßig behutsam vor. So erklärten sie sich zum Beispiel bereit, eine Anzahl junger Mongolen besuchsweise in die Sowjetunion aufzunehmen, um sie dort kostenlos zu erziehen und ihnen eine «fortschrittliche» Bildung zu vermitteln. Die also geschulten Mongolen kehrten selbstverständlich nicht nur als «Gebildete», sondern vor allem als wohlgedrillte kommunistische Funktionäre in ihre Heimat zurück, während jedes Jahr eine neue Schar junger Mongolen die Reise nach Moskau antrat. Ähnliche Infiltrations- und Annäherungsversuche unternahmen jedoch auch die chinesischen Regierungen, und so sah sich die junge Mongolische Volksrepublik auch weiterhin gleicherweise von Moskau wie von Peking umworben, wohl wissend, daß beide letztlich nichts anderes im Sinne hatten, als die Äußere Mongolei zu verschlingen. Vermutlich hätte sich Moskau ohne diese Rivalität die Republik auch längst ebenso einverleibt wie die benachbarte kleine Republik Tannu Tuwa, oder Mao Tse-tung wäre einmarschiert, wie er 1950 in Tibet einfiel.

Kampf um die Bewahrung der staatlichen Selbständigkeit

Immerhin wußte die Mongolische Volksrepublik ihre staatliche Selbständigkeit auch gegenüber Moskau bis heute erfolgreich zu verteidigen, und sie brachte dafür auch allerlei Blutopfer. So reiste 1923 der einstige kommunistische Parteigründer Suche-Bator als Staatschef der damals noch provisorischen Republik nach Moskau, um dort für die Unabhängig-

keit seines Landes zu streiten. Nach einer hitzigen Unterredung mit Lenin fand man ihn tot in seinem Arbeitszimmer. Drei Jahre später zitierten die Sowjets Otschira, den Generalsekretär der mongolischen KP, nach Moskau, wo er an Vergiftungserscheinungen starb. Als eine Woche später Otschiras Stellvertreter nach Moskau kam, «verunglückte» er tödlich. 1937 lud Moskau den mongolischen Ministerpräsidenten Gendun ein, der den Sowjets ein Dorn im Auge war, weil er den Resten der alten mongolischen Führungsschicht, den Lamas und den Klöstern gegenüber nicht scharf genug durchgegriffen hatte. Man erzielte zwar keine hundertprozentige Einigung, aber Gendun starb auf der Heimreise. 1952 schließlich starb der damalige Staatschef der Mongolischen Volksrepublik, Marschall Chorlogijn Tschoibalsan, in Moskau angeblich an Herzschwäche, als Folge einer auf Anraten seiner russischen Gattin in der Sowjethauptstadt vorgenommenen Nierenoperation. Sein Verbrechen hatte darin bestanden, daß er es ablehnte, sein Land als soundsovielte «Autonome Republik» in der UdSSR aufgehen zu lassen, und sich ferner weigerte, mongolische «Freiwillige» nach Korea zu senden. Solche Vorfälle und Erfahrungen waren natürlich wenig geeignet, unter den Mongolen für einen Anschluß an die Sowjetunion Stimmung zu erzeugen. Wie es scheint, haben sie jedoch dazu beigetragen, die Führung der kommunistischen Staatspartei wenigstens auf anderen Gebieten merklich einzuschüchtern und gegenüber Moskaus Wünschen weicher zu machen. Auf jeden Fall wußten nun die Mongolen, woran sie mit Moskau waren, und sie übten sich weiterhin in weiser Vorsicht.

Aber auch von anderer Seite wittern die Sowjets Gefahr. Bei allen Mongolen ist das Andenken Dschingis-Khans noch sehr lebendig. Das hatten sich ja auch die Japaner schon einmal zunutze zu machen versucht. Neuerdings wird nun der Dschingis-Khan-Kult in der Inneren, aber auch in der Äußeren Mongolei von Peking aus unter der Hand gefördert, obwohl China eigentlich wenig Anlaß hat, dieses Mongolen-Khans mit besonderem Wohlwollen zu gedenken. Die Sowjets beobachten dies mit Besorgnis, da sie das Entstehen einer neuen subversiven mongolischen Einigungsbewegung befürchten, die dann auch die in der Sowjetunion selbst lebenden zahlreichen Mongolen erfassen oder wenigstens zu einer Art von mongolischem «Titoismus» führen könnte. Die Unsicherheit Moskaus in dieser Sache ging bereits so weit, daß es vor nicht allzu langer Zeit sogar die amtliche sowjetische Geschichtsauffassung über Dschingis-Khan revidierte, der bis dahin in sowjetischen Geschichtsdarstellungen als imperialistischer, feudaler Aggressor figuriert hatte, während die revidierte Darstellung sich mehr der mongolischen Auffassung näherte. Auch dies gehört zu den mannigfachen Druckmitteln, deren sich sowohl die Mongolische Volksrepublik als auch Mao Tse-tung gegenüber dem sowjetischen «großen Bruder» gelegentlich sehr bewußt und meist mit Erfolg bedienen.

Peking — damals noch durch die Kuomintang-Regierung vertreten — erkannte übrigens die Unabhängigkeit der Mongolischen Volksrepublik erst im Januar 1946 an, nachdem die Vereinigten Staaten und Großbritannien diesen diplomatischen Akt bereits im Februar 1945 im Zuge der Konferenz von Yalta vollzogen hatten. Diese Anerkennung, die praktisch um 35 Jahre zu spät kam, ist China nicht leicht gefallen, und so manches deutet darauf hin, daß es seinen Kampf um die Äußere Mongolei insgeheim auch heute noch keineswegs aufgegeben hat. Seit etwa 1955 läßt sich eine offensichtlich von Peking gelenkte chinesische Einwanderung feststellen, die den Mongolen jedoch im Augenblick gar nicht einmal so unwillkommen ist, weil sie dem Mangel an Arbeitskräften in Industrie und Landwirtschaft abzuhelfen verspricht. China baute auch einige Fabriken, Straßen und Brücken und gewährte der Mongolei 1956 eine unbefristete Anleihe in Höhe von 160 Millionen Rubel. Viel mehr kann es jedoch an wirtschaftlicher Unterstützung nicht leisten, da es alle Mittel für die eigenen wirtschaftlichen Pläne selbst dringend benötigt und selbst auf ausländische Hilfe, vor allem aus Moskau, angewiesen ist.

Weit stärker als der chinesische ist gegenwärtig der sowjetrussische Einfluß, obwohl nur etwa 5000 Russen ständig im Lande leben. Aber das sowjetische Muster hat sowohl auf die mongolische Verfassung abgefärbt wie auch auf den Aufbau aller politischen und wirtschaftlichen Organisationen. Sogar das kyrillische Alphabet ist seit 1946 offiziell eingeführt, nachdem es praktisch schon seit 1941 gelehrt worden war. In der Hauptstadt Ulan Bator erscheint eine Zeitung in russischer Sprache; Russisch ist die erste Fremdsprache an den ebenfalls nach russischem Vorbild errichteten Schulen des Landes, und eine «Gesellschaft für mongolisch-russische Freundschaft» sorgt für weitere enge kulturelle und politische Berührungen.

Die derzeit geltende Verfassung der Mongolischen Volksrepublik überträgt die Exekutivgewalt dem Parlament. Dabei unterscheidet sie ein Großes Parlament («Iche Churuldan»), das nur bei wichtigen Anlässen einberufen wird, und ein Kleines Parlament («Baga Churuldan»), das einen eigentlich aktiven, dreißig Mitglieder zählenden Ausschuß des Großen Parlaments bildet. In den Händen des dreiköpfigen Präsidiums dieses Ausschusses ruht praktisch die ganze Staatsgewalt. Er kann die Regierung ernennen und wieder abberufen, einzelne Minister oder Beamte ein- oder auch absetzen und die Regierung überwachen und an ihr verbindliche Kritik üben. Verstaatlichung des Bodens, Trennung von Kirche und Staat, Wahlrecht ab 18 Jahren, allgemeine Wehrpflicht — dies alles sind Grundsätze, die unmittelbar dem sowjetrussischen Vorbild entlehnt sind. Die Bevölkerung zeigt sich jedoch am Kommunismus als politischer oder gar weltanschaulicher Idee einstweilen noch keineswegs sehr interessiert. Nach mehr als drei Jahrzehnten praktischen Anschauungsunterrichtes steht sie ihm im allgemeinen immer noch weder

ablehnend noch zustimmend gegenüber, sondern verhält sich ziemlich gleichgültig, solange er ihre ganz persönlichen Kreise nicht stört. Derartige Störungen verursacht der kommunistische Staat jedoch vor allem auf dem Gebiet der Landwirtschaft, oder richtiger: der Viehzucht.

Nomaden sollen Kolchosbauern werden

Mindestens fünf Sechstel der Gesamtbevölkerung sind nämlich heute noch nomadisierende Viehzüchter und Herdenbesitzer und als solche nach kommunistischer Auffassung private Eigentümer wichtigster Produktionsmittel und somit eigentlich «Kapitalisten». Die Kommunisten aber streben eine Landwirtschaft nach sowjetrussischem Muster an. Sie wollen Kollektivierung und Verstaatlichung. Dem stehen im Falle der Äußeren Mongolei vorerst allerdings noch recht erhebliche Schwierigkeiten im Wege. Vor allem müßte zu diesem Zwecke eine Landwirtschaft im üblichen Sinne überhaupt erst geschaffen werden, denn noch 1945 besaß das mehr als anderhalb Millionen Quadratkilometer große Land insgesamt erst ganze 74 000 Hektar Anbaufläche. Alles übrige ist größtenteils auch heute noch Weideland, Steppe und Wüste oder landwirtschaftlich unverwertbares und teilweise unwegsames Hochgebirge. Einen beträchtlichen Teil des Landes nimmt nämlich das berüchtigte Wüstenhochland Gobi ein, einen anderen große Teile des Altai-Gebirges sowie das Chingan-, Sailjug- und das Tannu-Ola-Gebirge. Hier wandern die Nomaden mit ihren Herden von Weide zu Weide und ziehen sich im Winter in den Schutz der Wälder zurück. In ihrem Besitz befinden sich vermutlich an die 22 Millionen Stück Vieh oder ein weniges darüber, obwohl die kommunistischen Regierungsstellen aus optisch-propagandistischen Gründen in der Regel weit höhere, aber aller Wahrscheinlichkeit nach falsche Zahlen angeben.

Agrarproblem Nummer eins für die Mongolische Volksrepublik ist immer noch die Seßhaftmachung der Nomaden. Man ist den Hirten bereits insofern entgegengekommen, als man zwar auch hier sogenannte «Landwirtschaftliche Produktionsgenossenschaften» gründete, dabei aber, im Gegensatz zu den sowjetrussischen Kolchosen, weitgehende Konzessionen an die Rechte und an den Privatbesitz der einzelnen Genossenschaftsmitglieder machte. Genau genommen handelt es sich dabei eigentlich weniger um «landwirtschaftliche» als vielmehr um Viehzuchtgenossenschaften. Trotzdem hat man mit der Werbung zum Eintritt in diese Genossenschaften bisher im Norden des Landes nur bescheidene, im Süden hingegen fast gar keine Erfolge zu verzeichnen. Fast 90% der Viehzüchter ziehen immer noch das freie Umherwandern dem Zwang einer noch so lockeren Genossenschaft vor. Daneben gibt es allerdings auch einige Staatsgüter, die ihren Bestand vorwiegend der Enteignung

der früheren, dünnen Adelsschicht und der Klöster verdanken. Aber ihre Zahl ist verschwindend klein: im Jahre 1955 waren es erst ganze neunzehn! Auf ihnen trifft man übrigens bezeichnenderweise fast nur chinesische Einwanderer, da die mongolischen Nomaden selbst kaum zu landwirtschaftlicher Arbeit zu bewegen sind und den sein Feld bestellenden Ackerbauern geradezu verachten. Die Staatsgüter bauen Mais, Getreide und Gemüse und betreiben Geflügel- und Schweinezucht. Die Sowjetunion hatte dem mongolischen Ministerpräsidenten Zedenbal bereits im Mai 1957 die Lieferung von 2500 Traktoren und 550 Mähdreschern zugesagt, doch erscheinen diese Zahlen angesichts der Handvoll Sowchosen reichlich phantastisch und die Lieferung, die im Zeitraum von drei Jahren erfolgen sollte, etwas zweifelhaft.

Planwirtschaft nach sowjetischem Muster

Selbstverständlich hat sich auch die Mongolische Volksrepublik der Planwirtschaft verschrieben. Indessen mußte der erste Versuch eines Fünfjahresplans, der von 1931—1935 laufen sollte, bald wieder als undurchführbar aufgegeben werden. Erst 1948 verkündete die Regierung dann zum zweiten Male einen «ersten» Fünfjahresplan (1948—1952), dem 1953 ein zweiter und 1958 ein Dreijahresplan folgten. Der Umstand, daß der jüngste Plan nur auf drei Jahre befristet wurde, so daß er wie die laufenden Pläne der meisten osteuropäischen «Volksdemokratien» am 31. Dezember 1960 beendet sein wird, ist auf den Wunsch Moskaus zurückzuführen, auch die Planwirtschaft der Äußeren Mongolei mit der Gesamtplanwirtschaft des Ostblocks zu koordinieren.

Im Mittelpunkt der Pläne steht das bereits angedeutete Bemühen, eine leistungsfähige Landwirtschaft auf die Beine zu stellen, ohne daß bisher freilich auch nur eines der diesbezüglichen Planziele annähernd erreicht werden konnte. Daneben werden allerlei Anstrengungen unternommen, um in dem äußerst rückständigen Nomadenland eine eigene moderne Industrie aus dem Boden zu stampfen. Gar so abwegig, wie es auf den ersten Blick scheinen möchte, ist dieses Vorhaben indessen nicht, denn das Land verfügt über beträchtliche Bodenschätze, darunter Kohle, Eisen, Buntmetalle und Gold, und seit einigen Jahren wird in der Wüste Gobi, im Südostteil des Landes, auch Erdöl gefördert. Die Sowjetunion zeigt reges Interesse insbesondere für diese junge Erdölindustrie, in die sie bereits ansehnliche Summen investiert hat und die daher unter allen industriellen Unternehmungen des Landes derzeit an erster Stelle rangiert. Dem Vernehmen nach soll es in der Äußeren Mongolei auch Uran- und Wolfram-Vorkommen geben, was das Land für die Sowjets noch interessanter macht, zumal sich nördlich der mongolisch-sowjetrussischen Grenze ein sowjetisches Atomforschungszentrum befindet. Bei den übri-

gen Industrien handelt es sich meist um Fabriken, die von China oder der Sowjetunion oder von europäischen Ostblockstaaten, auf Grund langfristiger Kreditverträge, errichtet wurden. Auch sie beschäftigen — wie die Staatsgüter — eine große Anzahl chinesischer Arbeiter.

Die Zukunft und vor allem die relative politische Selbständigkeit der Mongolischen Volksrepublik beruhen heute noch auf dem Gleichgewicht der sowjetisch-chinesischen Rivalität. Den größeren materiellen Nutzen zieht das kleine Land gegenwärtig zweifellos aus seinen sowjetrussischen Verbindungen. Moskau läßt sich seine Zukunftspläne mit der Äußeren Mongolei etwas kosten. Alles deutet darauf hin, daß es mit einer dereinstigen sicheren Ernte seiner Rubelsaat rechnet, zumal es auch den Anschluß an seine Transsibirische Eisenbahnlinie inzwischen quer durch die Mongolenrepublik hindurch in russischer Breitspur bereits bis vor die Tore Pekings ausgebaut hat. Möglicherweise waren es neben parteiinternen Machtkämpfen im Zusammenhang mit Chruschtschews Aufstieg zur Alleinherrschaft doch auch noch außenpolitische Überlegungen, die den Kreml im August 1957 bewogen, keinen Geringeren als den alten Fuchs Molotow als Sowjetbotschafter nach Ulan Bator zu verbannen. Es könnte für das Schicksal der Äußeren Mongolei entscheidend werden, daß sie zwar Moskaus ältester Satellit, aber keine «Volksdemokratie» nach osteuropäischem Muster und daher nach Ansicht des Kremls vielleicht «reifer» als die europäischen Stalliten ist, von der großen Sowjetunion aufgesogen zu werden, falls es den Sowjets gelingen sollte, zum Beispiel im Innern des Landes eine, wenn auch noch so unbedeutende und unfreiwillige «Bewegung» zu inszenieren, die einen solchen Anschluß «spontan» fordert.

Moskau wird aktiver

Es ist schwer zu sagen, zu wessen Gunsten sich die Waage im Augenblick mehr neigt. Auf der einen Seite sind Chinas Möglichkeiten, die mongolischen Kommunisten zu unterstützen, nahezu erschöpft, und die Vorgänge in Tibet und einigen anderen Gebieten des chinesischen Südens und Westens haben es zweifellos auch in bezug auf die Mongolen hellhörig und wohl auch ein wenig nervös gemacht. Trotzdem wird es sich ohne äußeren Zwang niemals mit einem Aufgehen der Äußeren Mongolei im sowjetischen Staatsverband einverstanden erklären und daher, wenn es sich den fetten Brocken nicht selbst einverleiben kann, lieber auf der Unabhängigkeit und Selbständigkeit der kleinen Republik bestehen. Andererseits aber scheint gerade in den letzten Monaten Moskaus Einfluß nicht unbeträchtlich gewachsen zu sein. Das geht ziemlich deutlich aus gewissen parteiinternen Vorgängen in Ulan Bator hervor, bei denen viel von «revisionistischen und chauvinistischen Abweichungen» die

Rede war und die zuletzt mit dem Sturz des allzu chinesenfreundlichen Parteichefs Damba und einer Reihe anderer hoher Funktionäre, darunter auch des Parlamentspräsidenten Surenschaw, ein vorläufiges Ende fanden. Diesen Säuberungsmaßnahmen waren jeweils, und zwar im Oktober vorigen und im Februar dieses Jahres, Unterredungen des Ministerpräsidenten und jetzigen Parteichefs Zedenbal mit Chruschtschew vorausgegangen. Die Vermutung drängt sich also geradezu auf, daß die Säuberungen auf Weisung Chruschtschews erfolgten und von Moskau mit dem am 10. Februar 1959 abgeschlossenen Hilfsabkommen zur rascheren Kollektivierung der mongolischen Landwirtschaft honoriert worden waren.

Dies alles sind Symptome, die zweifellos den Schluß auf eine bedrohlichere Aktivität Moskaus gestatten. Indes kennt man die Persönlichkeit Zedenbals zu wenig, um das Maß seiner Aufrichtigkeit gegenüber Moskau oder seiner Schläue gegenüber beiden Nachbarn erschöpfend beurteilen zu können. So bleibt denn als dritte Komponente immer noch der seit Jahrzehnten lebendige und bewährte mongolische Selbständigkeitswille und das mongolische Vertrauen auf die Dauerhaftigkeit der chinesisch-sowjetischen Rivalität, in deren Rahmen sich ja schon so manches Mal die Gunst des Schicksals bald dem einen, bald dem anderen Rivalen zugeneigt hatte.

Quellen: Ladislaus Forbath: Die neue Mongolei, Schützen-Verlag, Berlin, ohne Jahreszahl. Walter Boßhard: Kühles Grasland Mongolei, Fretz & Wasmuth, Zürich 1949. Robert A. Rupen: Outer Mongolia since 1955, in Pacific Affairs, New York Dezember 1957. Ploetz: Auszug aus der Geschichte, 24. Auflage, Bielefeld 1951. Walter Theimer: Lexikon der Politik, 5. Auflage, 1955. Zahlreiche Zeitungsausschnitte.